

Aus dem Stadtrat: Park&Ride-Angebot ausweiten

CDU fordert Park&Ride-System für Mainz

Angebot soll mit ÖPNV sinnvoll kombiniert werden / Umland mit einbeziehen

Seit vielen Jahren wird in Mainz schon über das Thema Park&Ride nachgedacht. Laut dem verkehrspolitischen Sprecher der CDU Thomas Gerster sei der Stadtrat vor 30 Jahren zu dem Entschluss gekommen, dass ein Park&Ride-Angebot für die Stadt Mainz nicht der richtige Weg sei. Stattdessen wurde seinerzeit ein Ring aus Parkhäusern in der Innenstadt angelegt. Im Hinblick auf eine hohe Feinstaubbelastung und das Verkehrschaos in der Innenstadt solle dieser Ansatz auf den Prüfstand gestellt werden. Denn durch Park&Ride-Systeme können Pendler ihr Auto am Stadtrand abstellen und dann mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Innenstadt fahren, was dort die Straßen und den Parkraum entlastet. Deshalb reichte die CDU einen Antrag ein, um gemeinsam mit dem Umland geeignete Stellen zu identifizieren, auf denen größere Parkplätze oder Parkhäuser für eine Park&Ride-Nutzung eingerichtet werden können, um dort das Angebot auszuweiten. In einem Anbindungskonzept sollte dargelegt werden, wie die



Park&Ride-Flächen sinnvoll mit anderen Verkehrsmitteln ergänzt werden können (Straßenbahn, Bus, Fahrrad, Carsharing, etc.). „Die einfachste und kostengünstigste Lösung wäre ein Park&Ride-System, welches an den Endhaltepunkten der ÖPNV-Linien ansetzt“, erklärt Gerster.



Einem Änderungsantrag der Ampel-Fraktionen, der einen Fokus auf die Kooperation mit dem Landkreis setzte, stand Gerster offen gegenüber und übernahm die Punkte in den CDU-Antrag. Natürlich sei es wünschenswert, die Park&Ride-Flächen im Landkreis zu errichten, doch dabei gebe es im Wesentlichen zwei Probleme: Zum einen müssten die betroffenen Gemeinden ein Interesse daran haben, sie auf ihrem Gebiet einzurichten und die Stadt Mainz verkehrlich zu entlasten. Zum anderen müsste es eine bezahlbare Möglichkeit geben, mit dem ÖPNV nach Mainz zu

gelangen. Zwar verbessere sich die ÖPNV-Situation sukzessive, doch für ein zuverlässiges Park&Ride-System sei dieses Angebot noch zu schwach. Daran ändere auch das 49 Euro-Ticket nichts. Auch mangle es den Gemeinden an der Motivation, kostengünstige Parkplätze auf ihrer Gemarkung einzurichten. „Wenn die Stadt Mainz ein funktionierendes Park&Ride-System möchte, dann muss sie bei sich selbst anfangen“, so Gerster. Dazu gehöre nicht nur die Suche nach geeigneten Flächen, sondern auch eine sinnvolle Anbindung an andere Verkehrsmittel und eine kostengünstige Tarifstruktur.



CDU-Fraktionsvorsitzender Ludwig Holle und der verkehrspolitische Sprecher Thomas Gerster sind überzeugt von den Vorteilen eines P&R-Angebots.

„Ein gut geplantes P&R-System würde den Verkehr in Mainz entlasten.“



Aus dem Stadtrat: Antrag – Römisches Erbe in Mainz

Historische Schätze mehr zur Geltung bringen

Initiative Römisches Mainz soll gefördert werden

Das Römische Mainz spielt eine herausragende Rolle in der Geschichte der Stadt Mainz. Viele Relikte, wie beispielsweise das Römische Theater, der Drususstein oder die Römersteine im Zahlbachtal, erinnern an die Anfänge der Stadt vor über 2000 Jahren. „Die Stadt Mainz ist reich an historischen Schätzen“, erklärt die kulturpolitische Sprecherin der CDU Ursula Groden-Kranich. Dieser Reichtum verpflichte die Stadt Mainz aber auch, ihre Schätze zu bewahren und zu würdigen. Aus diesem Grund hat die CDU gemeinsam mit der ÖDP einen Antrag eingereicht, um das Römische Erbe in Mainz zu fördern.

Der Antrag sah vor, ein langfristiges Konzept zu entwickeln, um alle Denkmäler bestmöglich zu erhalten und zu präsentieren. Mittelfristig sollte die Stadt Mainz Pläne für das Römische Theater vorlegen und als kurzfristige Maßnahme sollte die Initiative Römisches Mainz finanziell unterstützt werden, um das Heiligtum der Isis und Mater Magna zu renovieren und ihren vielfältigen anderen Aufgaben besser nachkommen zu können. „Nur durch das ehrenamtliche Engagement der Initiative konnte das Isis-Heiligtum 20 Jahre lang bestehen bleiben“, hebt Groden-Kranich hervor. Dieses Engagement müsse endlich angemessen gewürdigt werden.

Einen Ergänzungsantrag der Ampel-Parteien nahm die CDU gerne mit in ihren Antrag auf, da er noch andere Themen aufgriff, wie beispielsweise das Leibniz-Zentrum für Archäologie als Anker für die römische Kultur. „Wir freuen uns, dass wir gemeinsam unser Römisches Mainz weiterentwickeln“, so Groden-Kranich abschließend.

Aus dem Stadtrat: Mainz zur hundefreundlichen Stadt machen

Hundewiesen sind wichtig für Mensch und Tier

CDU fordert hundefreundliche Maßnahmen für Mainz / Ampel-Mehrheit sieht dafür keine Notwendigkeit

Das CDU-Stadratsmitglied Torsten Rohe möchte Mainz attraktiver für Hunde machen, denn als Hundebesitzer nehme er Mainz nicht gerade als hundefreundliche Stadt wahr. Um dies zu ändern, hat die CDU dazu einen Antrag im Stadtrat eingereicht. Er sah unter anderem vor, die Hundesteuer - zunächst auf zwei Jahre befristet - zu halbieren, die Hundesteuer bei der Übernahme von Tieren aus dem Tierheim zu erlassen, eine umzäunte Hundewiese im Mainzer Stadtgebiet (bevorzugt in der Innenstadt) zu errichten und Hundekotbeutel-Spender aufzustellen.

„Im bundes- und landesweiten Vergleich erhebt Mainz eine sehr hohe Hundesteuer“, erklärt Rohe. Während in Nieder-Olm für den ersten Hund 45 Euro erhoben werden, seien es in Mainz stolze 186 Euro. Mit der Streichung der Hundesteuer für Hunde aus dem Tierheim könne die wertvolle Arbeit des Tierheims unterstützt werden. Auch gebe es trotz vieler Initiativen der Ortsbeiräte noch immer zu wenig Hundekotbeutel-Spender an stark frequentierten Stellen. „Diese Spender leisten einen schnellen und unmittelbaren Beitrag zur Sauberkeit in der Stadt“, hebt Rohe hervor. Darüber hinaus seien eingezäunte Hundewiesen sehr wichtig, damit sich Hunde auch in der Stadt frei bewegen können und mit Artgenossen interagieren können.

Die anderen Parteien sahen bei diesem Thema hingegen keinen Handlungsbedarf und lehnten den Antrag mehrheitlich ab.



Ursula Groden-Kranich hebt die wichtige Arbeit der Initiative Römisches Mainz hervor.



Torsten Rohe gibt im Stadtrat zu einem echten Herzensanliegen sein Debüt.

„Mainz soll eine hundefreundliche Stadt werden.“



Aus dem Stadtrat: Antrag – Mainz als Cannabis-Modellregion

CDU kritisiert Pläne zur Cannabis-Modellregion

Legalisierung von Cannabis gefährdet Kinder und Jugendliche

Im vergangenen Stadtrat wurden gleich zwei Anträge zum Thema Cannabis eingereicht. Sowohl die Ampel-Fraktionen als auch die Fraktion Die Linke wollen Mainz zu einer Modellregion für den legalen kontrollierten Verkauf von Cannabis machen.

Von dieser Idee hält der sportpolitische Sprecher der CDU Manfred Lippold, insbesondere im Hinblick auf die Jugend, überhaupt nichts. „Drogen haben in unserer Gesellschaft nichts zu suchen“, betont Lippold. Die Politik habe den gesellschaftlichen Auftrag, Kinder und Jugendliche zu schützen und so wenig Drogen wie möglich zuzulassen. „Eine Legalisierung bezweckt das genaue Gegenteil“, so Lippold. Es sei weltfremd, davon auszugehen, dass die Legalisierung Cannabis uninteressant mache und Kinder daher vom Konsum ablassen würden. Vielmehr erhöhe es die Akzeptanz in der Gesellschaft und verringere die Barriere zur Beschaffung der Droge. „Wir hoffen noch immer, dass sich die Bundesregierung besinnt und den geplanten Irrsinn der Legalisierung stoppt“, erklärt Lippold. Deshalb sollte Mainz auch nicht als Modellregion den Vorreiter spielen.

Wie kontrovers das Thema ist, wurde auch in der namentlichen Abstimmung deutlich, denn zwei von drei Fraktionsmitglieder der FDP stellten sich gegen den eigenen Antrag, was auch bei den Koalitionspartnern zu erkennbarer Irritation führte. Schlussendlich wurden die beiden Anträge jedoch mehrheitlich angenommen.

Aus dem Stadtrat: Antrag – Quartiersentwicklung Layenhof

Layenhof braucht einen großen Wurf

Stadtplanungsprozesse dauern zu lange / Stadtrat muss Prioritäten vorgeben

In einem Stadtratsantrag forderte die Fraktion Piraten & Volt die Entwicklung des Layenhofs voranzutreiben, indem die Menschen im Quartier in einer Bürgerbeteiligung über den aktuellen Stand im Bebauungsplanverfahren informiert werden und auch die städtischen Gremien über die Planungsfortschritte auf dem Laufenden gehalten werden.

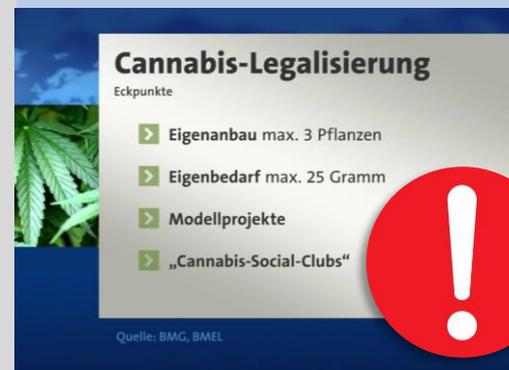
Für den Fraktionsvorsitzenden der CDU Ludwig Holle ist das zu wenig. „Leider ist der Antrag sehr schlank geworden“, erklärt Holle. Der Layenhof sei ein wichtiger Bereich und er biete die Möglichkeit, ein Gebiet ohne die Defizite zu entwickeln, die an anderen Stellen der Stadt sichtbar werden. So habe es die Stadt versäumt, das Heiligkreuz-Areal richtig an den ÖPNV anzuschließen oder im Zollhafen eine sozialverträgliche Kostenstruktur durchzusetzen. „Für den Layenhof braucht die Stadt neue Ideen, um Umweltschutz, Wohnbebauung, potenzielle Gewerbeansiedlungen und eine gute Verkehrsanbindung unter einen Hut zu bringen“, so Holle.

Weil der Layenhof so ein großes Potenzial hat, unterstütze die CDU den Antrag zwar, aber dennoch brauche es für das Gebiet einen großen Wurf. Hier sieht Holle den Stadtrat in der Pflicht. „Die Stadt hat nur begrenzte Ressourcen, um alle Themen abzuarbeiten“, sagt Holle. Deshalb sei es notwendig, dass der Stadtrat die Prioritäten setze, an welchen Stellen die Entwicklung der Stadt vorangetrieben werden solle. Die Prozesse der Stadt würden hingegen oft zu lange dauern.



Manfred Lippold hält die Legalisierung von Cannabis für gefährlich.

„Jede legalisierte Droge, ist eine zu viel.“



Cannabis-Legalisierung
Eckpunkte

- ▶ Eigenanbau max. 3 Pflanzen
- ▶ Eigenbedarf max. 25 Gramm
- ▶ Modellprojekte
- ▶ „Cannabis-Social-Clubs“

Quelle: BMG, BMEL



Ludwig Holle fordert nächste Schritte bei der Entwicklung des Layenhofes.





CDU-Stadtratsfraktion Mainz – Liveticker

Infos, Hintergründe, Fakten, Themen und Personen:

Hier erfahren Sie kurz und prägnant, für was sich die CDU-Stadtratsfraktion in den letzten Wochen in Ihrem Auftrag eingesetzt hat.

+++ Stadtrat beschließt Antrag, um die Erzieherinnen und Erzieher in Mainzer Kitas zu entlasten – Hilfskräfte sollen unterstützen +++

+++ CDU tauscht sich mit den Vertreterinnen des Beirats Migration und Integration aus +++

+++ Land Rheinland-Pfalz ehrt CDU Stadtratsmitglied Manfred Lippold mit Verdienstmedaille +++

+++ CDU kritisiert Vorgehen bei Besetzung der Wohnbau-Geschäftsführerposition – Bewerber sollten nach Kompetenzen und nicht nach Parteibuch ausgewählt werden +++

+++ Frauen sollen zukünftig in Mainzer Freibädern auch oben ohne baden dürfen +++

+++ Ampel-Koalition beschließt neues Programm „Sozial-Ökologisches Miteinander im Quartier“ und schafft damit aufwändige Doppelstrukturen zu bereits bestehenden Programmen +++

+++ Stadt Mainz soll neues Azubiwohnheim errichten +++



Die Fraktion ist das Sprachrohr der Menschen in Mainz, wir freuen uns über Ihre Ideen und Rückmeldungen !

